



## **Kommentar von Heinz Hödl zu Gefahren und Chancen von Freihandelsverträgen am Beispiel von EU, USA und Kanada.**

CETA (Comprehensive Economic and Trade Agreement), das Freihandelsabkommen zwischen EU und Kanada, liegt ausverhandelt vor und hätte am 27. Oktober vom EU Rat beschlossen werden sollen. Nachdem der EU- Kanada- Gipfel platzte, gab die belgische Provinz Wallonie ihren Widerstand gegen CETA auf.

EU und USA nahmen bereits im Juli 2013 die Verhandlungen über TTIP (Transatlantic Trade and Investment Partnership) auf. Mit diesem umfassenden Handels- und Investitionsabkommen (TTIP) wollen die EU und die USA die größte Freihandelszone der Welt errichten und damit Wachstum und Beschäftigung stimulieren.

### ***Warum grundsätzlich Handelsabkommen zwischen Wirtschaftsblöcken sinnvoll sind Welche Folgen Freihandel auch haben kann***

Die Globalisierung ist einer der wesentlichsten Wachstumstreiber der vergangenen drei Jahrzehnte und hat den Wohlstand angehoben. Die Wohlstandsgewinne sind jedoch ungleich verteilt. Große Gewinner waren die Länder Südostasiens, es wurden mehr als eine Milliarde Menschen aus bitterer Armut geholt. In den Industriestaaten haben vor allem die obersten Einkommenschichten stärker profitiert. Tatsache ist auch, dass Wirtschaftswachstum, Investitionen und Handel zunehmend außerhalb Europas stattfinden. Unbestritten ist, dass freier Handel nicht nur erfreuliche Folgen hat. Mit ihm kommen nicht nur günstigere Produkte ins Land, sondern auch ein verschärfter Wettbewerb. Schlussendlich ist es unmöglich, dass die Welt als Ganze einen Exportüberschuss erwirtschaftet. Der Exportüberschuss des einen Landes ist zwingend das Handelsbilanzdefizit woanders; die Summe ist immer NULL.

Zwar prognostizieren viele bisherigen TTIP-Studien positive Handels-, Wohlfahrts- und Beschäftigungseffekte für beide Vertragsparteien (allerdings in ungleichem Ausmaß), doch treten diese nicht sofort ein, sondern erst sehr langfristig. TTIP ist daher zur Überwindung der gegenwärtigen Krise nicht geeignet.

TTIP hat immense indirekte Auswirkungen, die die Zukunft des internationalen Handels entscheidend prägen werden. Die indirekten Wirkungen von TTIP sind oftmals schwerer zu berechnen, aus einer gesellschaftspolitischen und entwicklungspolitischen Sicht aber mindestens ebenso wichtig wie direkte Effekte. TTIP und andere laufende Verhandlungen unterwandern das multilaterale Handelssystem wie nie zuvor.

Der wichtigste Unterschied zwischen den beiden Verträgen liegt auf der Hand: Es sind sehr verschiedene Länder, mit denen da ein Vertrag über den Wegfall von Zöllen und die Vereinheitlichung von Standards verhandelt wurde und wird. Kanada hat rund 35 Millionen Einwohner und nur wenige global bestimmende Unternehmen. Die USA sind mit 319 Millionen Menschen gegen 509 Millionen Europäern ein ganz anderer Partner. Die USA haben diverse dominierende Weltkonzerne, auch in digitalen Zukunftsbranchen. Mit dem Partner Kanada ist

es zum Teil gelungen, Schwachstellen aus CETA heraus zu verhandeln. Statt rein private Schiedsgerichte soll es nun einen öffentlich-rechtlichen Gerichtshof geben. Kanada öffnet sich - anders als bisher die USA - auch bei öffentlichen Aufträgen für EU-Unternehmen.

***Wie und von wem wurden und werden die Verhandlungen geführt  
Warum gibt es bei den Freihandelsverhandlungen so viele Schwierigkeiten***

Hauptverantwortlich für die verzwickte Situation, in der sich die EU gegenüber Kanada befindet, sind schlechte Kommunikation und mangelnder Dialog rund um die Handelsgespräche. Es gibt in der EU offenbar keinen richtigen Zeitpunkt, seine Kritik an den zwei Freihandelsabkommen zu äußern - zumindest nicht für die Bürgerinnen und Bürger. Gegner des geplanten Paktes zwischen der EU und den USA werden derzeit gern mit einem Totschlagargument abgespeist: Die Verhandlungen liefen noch, es gebe noch gar keine Ergebnisse, daher lasse sich kaum etwas zum Ausgang der Gespräche sagen. Und damit gebe es auch noch nichts zu kritisieren oder gar abzulehnen.

Gibt es dann Ergebnisse, sind die Verhandlungen schon abgeschlossen und ist es offenbar zu spät, für Verbesserungswünsche - das mussten auch die CETA-Kritiker in den vergangenen Wochen und Monaten erfahren. Am Vertragstext sei nicht mehr zu rütteln, hieß es beständig aus der EU-Kommission.

Die EU Mitgliedsländer erteilten der EU-Kommission ein Mandat für die Verhandlung von Handelsabkommen. Diese Mandate waren nicht öffentlich und offensichtlich auch nicht sehr konkret. Was wollen die Länder am Ende in den Handelsverträgen haben und was nicht? Wie weit darf die EU-Kommission gehen? Diese Fragen müssten am Anfang von Verhandlungen diskutiert werden - gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern. Und sie müssten gegebenenfalls auch während der Verhandlungen nach öffentlicher Debatte revidiert werden.

***Was ist der Stand der CETA- bzw. TTI – Verhandlungen  
Warum der Kompromiss zu akzeptieren ist***

Mitte September bin ich für CETA Korrekturen eingetreten, prinzipiell habe ich jedoch auch Verständnis für die Notwendigkeit von Handelsverträgen bekundet. Denn eine aktive europäische Handelspolitik, die globalen Marktzugang schafft und faire Handelsregeln durchsetzt, ist auch für die heimische Wirtschaft wichtig. Ich habe Nachverhandlungen bei CETA, vor allem bei Fragen von nicht-tarifären Handelshemmnissen gefordert. Meine Vorbehalte haben sich vor allem auf Schutz der Landwirtschaft, des Wassers vor Privatisierung, die Standards für Lebensmittel sowie auf Umwelt- und Sozialkriterien bezogen.

Die strukturschwache belgische Provinz der Wallonie mit hoher Arbeitslosigkeit will stärkere Garantien zum Schutz ihrer Bauern, der Umwelt- und Konsumentenstandards und die Abwehr eines übermäßigen Einflusses internationaler Konzerne.

Für CETA und für zähe Nachverhandlungen spricht, dass die Zusatzklärung zum Handelspakt im Amtsblatt der EU veröffentlicht wird und damit Rechtsgültigkeit erhält. Diesen Kompromiss akzeptiere ich und man kann, da man sich nun mit der Wallonie einigte, CETA vorläufig in Kraft setzen. Nach einigen Jahren kann man das Abkommen prüfen. Wenn sich in der Praxis einzelne

Punkte als problematisch erweisen, kann man diese verbessern und im endgültigen Vertragstext verankern. Wenn nicht, dann könnte das Abkommen nach der Befristung auslaufen.

### ***Verhandlungen zu TTIP stoppen***

Die Verhandlungen zu TTIP sollte man jetzt sofort stoppen und Neuverhandlungen unter Einbeziehung breiter Bevölkerungskreise starten. Es darf keinen Zeitdruck, keine Geheimhaltung und keine Beeinflussung, z.B. durch Wahlen geben, denn damit würde noch mehr als bisher eine negative Grundstimmung aufgebaut. Es ist schade, dass die TTIP-Verhandlungen so verlaufen. Es wäre durchaus möglich gewesen, ein sinnvolles Abkommen zu machen, das von der Bevölkerung in Europa und in den USA auch angenommen worden wäre.

Bereits vor 20 Jahren hat die WTO (Welthandelsorganisation) ein globales Abkommen, das alle Länder miteinschließt, angedacht. Seit zehn Jahren stocken die Verhandlungen, weil die USA und auch die EU diese nicht fördern. Zeitdruck und Geheimhaltung funktionieren nicht! Wer daher TTIP retten will, muss jetzt die Verhandlungen stoppen und neu beginnen.

### ***Die Bedeutung und Herausforderung von Schiedsgerichten in den Verträgen***

Die 28 EU-Staaten hatten im Juli 2011 einstimmig gefordert, dass CETA einen Streitbeilegungsmechanismus für Investorenklagen (ISDS) enthält. Als das Resultat vorlag, brach in Deutschland und Österreich ein Sturm der Entrüstung los. Die EU-Kommission schlug daraufhin ein neuartiges Investitionsgerichtssystem (ICS) vor, das die Kanadier akzeptierten – zur Überraschung vieler Insider. Es kommt immer öfter vor, dass Konzerne Staaten auf Schadenersatz klagen. Die Zahl der Fälle ist sprunghaft angestiegen: 70 Klagen allein im Jahr 2015 waren ein Rekord. Der Grund: Es gibt immer mehr solche Abkommen, weltweit rund 3000. 36 Prozent der Fälle gewannen bisher die Staaten, 26 Prozent die Investoren. Weitere 26 Prozent wurden einvernehmlich geklärt, der Rest eingestellt. CETA grenzt die Klagsmöglichkeiten ein: Staaten wird ausdrücklich zugestanden, die Gesetze im öffentlichen Interesse wie zum Beispiel in den Bereichen Gesundheit, Sicherheit, Umweltschutz oder kulturelle Vielfalt zu ändern. Weniger Gewinn ist also kein Grund für eine Klage, außer bei staatlicher Willkür oder wenn kanadische bzw. europäische Anbieter diskriminiert wurden.

Fazit: Investorenschutz à la CETA ist dann akzeptabel, wenn man nicht der Ansicht ist, dass Staaten prinzipiell jederzeit die Spielregeln ändern dürfen, ohne Rücksicht auf getätigte Investitionen zu nehmen. Wer das Instrument an sich für sinnvoll hält, der kann mit den neuen CETA-Regeln gut leben. Auf Grund der Unterschiedlichkeit der Rechtssysteme ist ein effektiver Investitionsschutz zur Absicherung europäischer Unternehmen in Kanada und vice-versa sinnvoll.

### ***Vorteile und Fallstricke des Freihandels für die betroffenen Länder Konzerne und Industriebetriebe müssten strengere Regeln als Chance begreifen***

Gerade eine Exportnation wie zum Beispiel Österreich braucht offene Märkte und faire globale Regeln. Europa und die USA könnten diese Regeln gemeinsam gut definieren, aber die Industrieländer beschwören gemeinsam die großen Vorteile des Freihandels und die Übel des Protektionismus. Doch in Wirklichkeit bestehen viele auf Freihandel, wo sie stark sind, während sie protektionistische Maßnahmen in Sektoren nutzen, in denen sie schwach sind. Vor allem die

größeren Konzerne und Industriebetriebe müssten strengere Regeln zum Schutz von Klima, Umwelt, Sozialstandards und Verbraucherrechte nicht als Last sondern als Chance begreifen. Eine multilaterale Liberalisierung des Welthandels unter dem Dach der WTO wäre aus ökonomischer Sicht die erstbeste Lösung, weil sie alle 161 WTO-Mitglieder – ob ökonomisch mächtig oder schwach – gleich behandelt und einem einheitlichen Streitbeilegungsverfahren unterwirft. In Ermangelung einer WTO-Lösung haben die führenden Welthandelsmächte EU und USA seit 2001 als „zweitbeste“ Lösung begonnen, bilaterale Freihandelsabkommen abzuschließen. In solchen Abkommen können die mächtigen Blöcke EU und USA ihre Vorstellungen gegenüber schwächeren Handelspartnern leichter durchsetzen.

***Die Folgen der beiden Freihandelsabkommen für die Landwirtschaft  
Keine Lösung für die Milchwirtschaft. CETA schadet kleinbäuerliche Strukturen***

Das CETA-Abkommen soll durch eine Marktöffnung sowohl auf europäischer als auch auf kanadischer Seite die Preise niedrig halten und den Verbrauchern mehr Wahlmöglichkeiten geben. Der Handelsvertrag würde in der Landwirtschaft und im Lebensmittelsektor die Zölle weitgehend beseitigen. Fast 92 % der Agrar- und Nahrungsmittelerzeugnisse der EU können dann zollfrei nach Kanada ausgeführt werden. Potentieller Gewinner des Abkommens könnte die europäische nahrungsmittelverarbeitende Industrie sein, die auf einen höheren Absatz ihrer Produkte auf einem kaufkräftigen Markt hofft. Die landwirtschaftlichen Betriebe in der EU und auch teilweise in Kanada gehören zu den potentiellen Verlierern dieses Abkommens.

Die Landwirtschaft ist ein sehr sensibler Bereich. Für einige sensible Erzeugnisse wie Rindfleisch, Schweinefleisch und Zuckermais auf EU-Seite und Milcherzeugnisse auf kanadischer Seite, wird der präferenzielle Zugang mit Quoten beschränkt. Dennoch werden die Importmengen auf europäischer und kanadischer Seite ausgeweitet. Die Quote für Milchprodukte aus der EU verdoppelt sich, während sich die Quote für Rindfleischexporte aus Kanada verzehnfacht. Im Gegenzug für einen besseren Zugang der europäischen verarbeitenden Industrie bekommt die kanadische Seite einen besseren Zugang zum europäischen Markt für Fischereierzeugnisse. Einigen landwirtschaftlichen Erzeugnissen mit bestimmten geografischen Herkunftszeugnissen wird daher in CETA ein besonderer Status und Schutz auf dem kanadischen Markt zugestanden. CETA ist jedoch keine Lösung für die Probleme am Europäischen Milchmarkt und exportiert die Milchkrise nach Kanada. Schlussendlich schadet CETA bäuerlichen Familienbetrieben auf beiden Seiten. Bei einem weiteren Kritikpunkt, der Grünen Gentechnik, bleibt der Verhandlungstext vage. So ist in CETA festgehalten, dass im Bereich der Gentechnik und Biotechnologie "Kooperation und Austausch von Informationen" herrschen müssen.

Laut Kommission soll das Importverbot von Hormonfleisch aus USA oder Kanada auch durch TTIP oder CETA nicht aufgehoben werden. Vielmehr ist vorgesehen, die Importquoten für kanadisches hormonfreies Rindfleisch zu erhöhen. Dadurch soll in Kanada eine hormonfreie Schiene der Rindfleischproduktion entstehen.

In Österreich sind sich die Akteure in der Agrarpolitik nicht einig: So sagt Hermann Schultes, Präsident der Landwirtschaftskammer Österreich, dass das CETA-Abkommen mit Kanada sei mit dem TTIP-Abkommen mit den Vereinigten Staaten nicht vergleichbar und daher für die Landwirtschaft gut. Eine vom Institut für Höhere Studien (IHS) und der Österreichischen

Forschungsstiftung für Internationale Entwicklung (ÖFSE) durchgeführte Studie wurde im Auftrag von Spar, Bio Austria, NÖM und Greenpeace erstellt und sieht vor allem die kleinstrukturierte heimische Landwirtschaft bedroht. Am stärksten betroffen wären Betriebe bis zu 20 Hektar, was der durchschnittlichen österreichischen Bauernhofgröße entspricht. Insgesamt könnte TTIP den Landwirtschafts- und Nahrungsmittelsektor über 4.600 Jobs kosten. „Die Studie beweist nun, was wir seit langem versuchen, aufzuzeigen: Der Feinkostladen Österreich ist tatsächlich bedroht“, kommentiert Gerhard Drexel, Vorstandsvorsitzender der Spar AG, die Ergebnisse. „Die österreichische Lebensmittel-Kultur und damit ein Teil unserer Identität sind nachweislich gefährdet.“

### ***Die Probleme der beiden Freihandelsabkommen für die Wasserwirtschaft***

Die Wasserfrage wird seit Jahren diskutiert. Bereits 2013 wollte die EU eine Richtlinie für den Verkauf von öffentlichen Trinkwassernetzen beschließen. In den CETA und TTIP Verhandlungen hat EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström am 18.03.15 auf Anfrage erklärt, dass die öffentliche Trinkwasserversorgung bereits im CETA-Abkommen (Seite 1502) ausgeklammert sei. Es gab jedoch weiterhin die Befürchtung, dass durch Ratchet-Klauseln (Sperrklauseln) eine künftige Rekommunalisierung von privatisierten Dienstleistungsunternehmen verhindert werden könnte. Auch gibt es den Einwand, dass sich die Ausnahmeklauseln für den Trink- und Abwassersektor nur darauf beziehen, dass ein künftiger Marktzugang durch kanadische Unternehmen nicht erzwungen werden kann – dass aber bereits auf dem europäischen Wasser- und Abwassermarkt operierende Unternehmen aus Kanada auf Gleichbehandlung mit inländischen Abwasserunternehmen pochen könnten („Inländerbehandlung“).

Theoretisch zu sehen ist auch der Hinweis, dass zum Beispiel VEOLA (ein französisches Unternehmen, das 95 Millionen Menschen in 66 Ländern mit Trinkwasser versorgt) über ihre kanadischen Niederlassungen wegen vermeintlicher Ungleichbehandlung oder Benachteiligungen in den EU- Mitgliedsstaaten vor ein Investor-Staats-Schieds-Gericht ziehen könnte. Man muss auch die äußerst komplexen Auswirkungen von CETA auf den äußerst komplexen Bereich der (kommunalen) Daseinsvorsorge herausarbeiten. Wie werden die gemischt-wirtschaftlichen Unternehmen (ppp) – also Wasserversorger und Stadtwerke, in denen bereits privates Kapital steckt, behandelt? Unklar ist auch wie die vor allem in Deutschland und Österreich vielfach vertretenen Wasser- und Abwasserverbände behandelt und ob letztendlich nicht doch die interkommunale Zusammenarbeit aufgebrochen werden könnte.

### ***Die Haltung katholischer Organisationen und Vereine***

Ich habe Verständnis dafür, dass sich in Österreich viele katholische Organisationen und Vereine an Protesten gegen TTIP und CETA beteiligt haben. Ich habe wenig Verständnis dafür, dass dies manchmal auch polemisch und populistisch geschah.

Ethisch erscheint es mehr als bedenklich zuzulassen, dass ein nachlässiger oder sogar zerstörerischer Umgang mit der Schöpfung auf einem freihandelsinduzierten Markt zum Wettbewerbsvorteil wird, der langfristig sogar nachhaltige, umweltbewusster hergestellte Produkte vom Markt verdrängen könnte. Lässt man eine solche Konnexität von ethischer Entscheidung und Verlust von Wettbewerbsfähigkeit zu, ist es naheliegend, dass sich bald

politischer Druck aufbauen wird, die eigene Wettbewerbsfähigkeit durch Verringerung der Kosten und daher durch Absenkung von Schutzstandards für Mensch, Tier, Pflanzen und Umwelt zu stärken.

Auch aus entwicklungspolitischer Perspektive ist das Thema TTIP relevant: TTIP ist nicht kohärent mit den SDGs, den Nachhaltigkeitszielen, die im Herbst 2015 von den Vereinten Nationen verabschiedet wurden. Eine mögliche negative Einkommensentwicklung bedeutet, dass noch mehr Menschen in armen Ländern in Hunger und Armut getrieben werden. Ein klarer Widerspruch zu den SDGs, die darauf abzielen, Armut zu bekämpfen.

Die USA haben von acht Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) nur zwei anerkannt. Welche Folgewirkungen hat das, wenn das unter dem Deckmantel von TTIP abgesegnet würde? Kanada hat bisher sechs der acht ILO-Mindestarbeitsnormen ratifiziert. Es hat allerdings den Ratifizierungsprozess der beiden ausständigen ILO Kernarbeitsnormen eingeleitet.

Vor dem Hintergrund wachsender globaler Ungleichheit stellt sich die folgende Frage drängender denn je: Wie kann Globalisierung fair gestaltet werden – und können CETA und TTIP dabei eine Rolle spielen? Die katholische Soziallehre betont, dass das Wirtschafts- und Handelssystem dem Menschen dienen muss und nicht umgekehrt. Für uns als Christinnen und Christen sind die Würde des Menschen, die Bewahrung der Schöpfung, die Grundsätze der Solidarität und Subsidiarität zentrale Grundsätze des wirtschaftlichen Handelns.

***Neuer Nationalismus macht Sorgen  
Es braucht Offenheit, Sachlichkeit und Realitätsbezug***

Sorgen macht mir, dass sich überall in der industrialisierten Welt ein neuer Nationalismus breit macht. Anti-europäische und xenophobe politische Parteien gewinnen überall an Boden. Aus Angst vor diesen sind auch die Mitte-rechts- und Mitte-links-Parteien zu EU Skeptikern und Renationalisierern geworden. Damit wird noch mehr als bisher eine negative Grundstimmung gegen das Unternehmertum aufgebaut. Daher braucht es ein Zurück zur Offenheit, Sachlichkeit und Realität auf allen Ebenen und von allen Seiten. Populistische Pro- bzw. Kontra-Standpunkte entsprechen oft nicht der Realität.

Es ist daher wichtig, dass diese Anliegen von gesellschaftlich bedeutenden Kräften aufgegriffen und die Politik in Verantwortung genommen wird. Die Katholische Kirche kann auf Basis der Enzyklika von Papst Franziskus, „Laudato Si“ dabei eine wichtige Rolle spielen.

Wien, am 29. Oktober 2016

Heinz Hödl, Geschäftsführer der Koordinierungsstelle der Österr. Bischofskonferenz f.  
internationale Entwicklung und Mission

Türkenstraße 3/3

A-1090 Wien

Tel: 01/317 03 21 [h.hoedl@koo.at](mailto:h.hoedl@koo.at) [www.koo.at](http://www.koo.at)

